

# Spitäler am Tropf

864 Franken zahlt Basel-Stadt pro Einwohner an die Krankenhäuser – das ist schweizweite Spitze

VON LEIF SIMONSEN

Die Krankenkassenprämien reissen monatlich grosse Löcher in die Haushaltskassen der Schweizer. Am stärksten sind die Basler betroffen: In keinem anderen Kanton sind die Prämien höher als in Basel-Stadt. Doch damit nicht genug: Auch mit Steuergeldern wird das teure städtische Gesundheitswesen unterstützt. Nirgends werden die Spitäler so stark subventioniert wie in Basel-Stadt. Dies belegt eine Studie, die jüngst vom Gesundheitsökonom Stefan Felder publiziert wurde, der an der Universität Basel lehrt. Die Forschungsarbeit fördert zutage, dass Basel-Stadt im Erhebungsjahr 2016 die Spitäler mit 166 Millionen Franken subventionierte. Das sind 14 000 Franken pro Akutbett – oder exakt 864 Franken pro Person. Basel belegt damit Rang 1. Dahinter sind die Westschweizer Kantone Waadt (761 Franken pro Person) und Genf (635 Franken) klassiert, im hinteren Mittelfeld Baselland, das nur 148 Franken pro Person aufwirft.

## Interessenkonflikt der Kantone

Die Erkenntnisse überraschen. Schliesslich sieht das revidierte Krankenversicherungsgesetz vor, dass die privaten und öffentlich-rechtlichen Spitäler selbsttragend sind. Doch vor allem Basel-Stadt hat sich die Hintertür offengehalten, die kantonseigenen Spitäler auch nach der Auslagerung 2012 zu finanzieren. Die Publikation legt dar, dass die Kantone drei Kanäle für die Subventionierung nutzen. Zum einen über die sogenannten gemeinwirtschaftlichen Leistungen. Damit stellen die Kantone etwa Forschungs- und Universitätsgelder bereit. In Basel-Stadt zudem weitaus mehr. «Gemeinwirtschaftliche Leistungen werden von Basel-Stadt für alles Mögliche abgegolten, sogar für hauswirtschaftliche Leistungen bei der öffentlichen Spitex», sagt Felder.

Spitäler können zudem über den Basisfallwert subventioniert werden. Dieser bestimmt, wie hoch die Kosten für die einzelnen Eingriffe in den Spitälern sind. Dabei befinden sich die Kantone in einem Interessenkonflikt, der sich besonders in Basel-Stadt bemerkbar macht. Die Kantone sitzen indirekt am Verhandlungstisch, wenn die kantonseigenen Spitäler bei den Tarifver-



Nach neuem Gesetz dürften die Kantone keine Spitäler (hier das Basler Unispital) subventionieren – Basel-Stadt tut es gemäss einer neuen Studie trotzdem.

G. BALLY/KEY

handlungen den Krankenkassen gegenüber übersetzen – und später genau diese Tarife absegnen müssen. Felder ist zum Schluss gekommen, dass die Baserates in öffentlichen Spitälern rund 400 Franken zu hoch seien. Die hohe Baserate des Universitätsspitals habe auch damit zu tun, «dass die Hospitalisierungsrate der Bevölkerung so hoch ist. Betten werden vorgehalten, die man abbauen könnte, wenn die Bevölkerung nicht so oft ins Spital ginge», sagt Felder. Die Zahlen sprechen in der Tat eine deutliche Sprache. In Basel-Stadt werden pro Kopf schweizweit am meisten Operationen durchgeföhrt, in Baselland am zweitmeisten.

**Subventioniertes Felix-Platter-Spital**  
Die kantonale Subvention der Spitäler geht aber noch weiter. So vermieten

die Kantone den Spitalern die Räume oft zu Preisen weit unter dem Marktwert. Und sie gewähren den eigenen Spitalern Darlehen zu günstigen Konditionen. «Private zahlen bei öffentli-

## «Gemeinwirtschaftliche Leistungen werden von Basel-Stadt für alles Mögliche abgegolten.»

STEFAN FELDER  
GESUNDHEITSÖKONOM

chen Anleihen 2,7 Prozent über Nullrisiko, öffentliche Spitäler im Durchschnitt 0,7 Prozent», rechnet Stefan Felder vor. Das Felix-Platter-Spital habe beispielsweise vom Kanton Basel-Stadt ein Schuldscheindarlehen von insgesamt 170 Millionen Franken zu

einem durchschnittlichen Zins von 0,41 Prozent bekommen, veranschaulicht er.

## Zweifel an der Erhebung

Unschwer zu erraten ist, dass die Publikation nicht im Sinn des Kantons Basel-Stadt ist. Thomas von Allmen, Leiter Abteilung der Spitalversorgung, sagt, dass bei den darin erwähnten Zahlen und Aussagen Zurückhaltung gefordert sei. Selbst der Verfasser der Publikation müsse an der einen oder anderen Stelle einräumen, dass die Zahlen schwer zu bekommen seien. In diesem Zusammenhang «schade» wohl auch die Transparenz, die Basel-Stadt an den Tag lege. Im Gegensatz zu anderen Kantonen lege Basel die gemeinwirtschaftlichen Leistungen an die Spitäler offen. Und, so führt von Allmen

aus: Es gebe auch in anderen Bereichen Grössen, die äusserst zurückhaltend interpretiert werden müssten. Spitaltarife würden beispielsweise prinzipiell nicht subventioniert – der Kanton habe einen hoheitlichen Auftrag und könne nicht willkürlich höhere Baserates bestimmen. «Das ist eine Unterstellung», sagt von Allmen.

Felder will den Vorwurf der Willkürlichkeit nicht auf sich sitzen lassen. «Alle Ergebnisse der Studie basieren auf den Kennzahlen der Schweizer Spitäler, die vom Bundesamt für Statistik jährlich publiziert wird», stellt er klar. Immerhin fügt der Experte an: «Es ist löblich, dass Basel-Stadt die Subventionen an die Spitäler im Versorgungsbericht publiziert.» In diesem Punkt könnten sich die anderen Kantone etwas abschneiden.

# «Ich will ein Zeichen gegen Rassismus setzen»

Düzgün Dilsiz spricht erstmals über seinen Anti-«Weltwoche»-Vorstoss.

VON JONAS HOSKYN

**Herr Dilsiz, Ihre Idee, dass die «Weltwoche» an der Uni Basel keine Gratisexemplare mehr auflegen soll, sorgte in den letzten Tagen schweizweit für Schlagzeilen. Haben Sie damit gerechnet?**

Düzgün Dilsiz: Ich habe schon erwartet, dass ein paar Leute in der Skuba (Studentische Körperschaft) dagegen sein werden. Aber dass nationale Politiker und «Weltwoche-Chef» Roger Köppel meinen Antrag kommentieren würden, wäre mir nicht in den Sinn gekommen. Viele nutzen die Debatte auch als Steilvorlage, um sich zu profilieren.

**Sind Sie froh darüber, dass die Debatte nun breit geführt wird, oder wäre es nicht schlauer gewesen, mit Ihrem Vorstoss Ihren Gegnern nicht auch noch eine Plattform zu bieten?**

Die Frage ist, ob man zielorientiert arbeiten will oder sich an seinen Idealen orientiert und diese konsequent vertritt. Es wäre extrem schwach, wenn ich nun meine Meinung wegen eines anonymen rechten Mobs ändern würde, der uns online angreift.

## Was meinen Sie damit?

Der Studierendenrat wurde im Internet massiv angegriffen. Man hat uns kollektiv Nazi-Methoden unterstellt. Gemeint war vor allem ich als Antragsteller.

## Wie ist Ihr Antrag entstanden?

Mich und einige Kollegen stören die diskriminierenden und teilweise schlichtweg rassistischen Covers und Inhalte der «Weltwoche». Die Ausgaben werden an frequentierten Orten im Kollegienhaus gratis aufgelegt. Mich stört es, wenn dadurch Menschen diskriminiert werden. Und Meinungsfreiheit hat ihre Grenzen, wenn ich sie nutze, um Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder Religion anzugreifen. Deshalb wollen wir beim Rektorat beantragen, dass die «Weltwoche» nicht mehr gratis aufgelegt werden soll.



## «Wir wurden massiv angegriffen.»

DÜZGÜN DILSIZ

## Ihre Gegner werfen Ihnen Meinungszensur vor.

Es geht nicht darum, ein Medium verbieten zu wollen. Das haben wir nie gefordert. Man könnte die «Weltwoche» auch weiterhin in den Zeitungsecken an der Unibibliothek oder in der Mensa lesen. Aber wir sind gegen die Gratisausgaben, also dagegen, dass die «Weltwoche» an der Universität Werbung machen kann. Das ist nichts anderes als der «Stopp Werbung»-Kleber am Briefkasten. Die Diskussion läuft meiner Meinung nach in die falsche Richtung. Die Presse- oder Meinungsfreiheit ist nicht tangiert. Ich will ein Zeichen gegen Rassismus und Diskriminierung setzen.

## Die Frage wird uns wohl noch einige Zeit beschäftigen. Das Referendum ist zustande gekommen. Nun kommt es zur Urabstimmung.

Die Gegner haben gute Chancen. Die Berichterstattung war grossteils falsch. Es fielen Schlagworte wie Verbot, Bann und Meinungsdiktatur. So wird es schwierig sein, unsere Position darzulegen. Viele werden sich auch zweimal überlegen, sich zu engagieren, wenn man so angegriffen wird.

LINKE KOLLEKTIVE

## Stadtentwicklung in der Kritik

Am kommenden Samstag findet im St. Johann ein Aktionstag zum Thema «Stadtentwicklung» statt. Dazu lädt aber nicht das Präsidialdepartement ein, das sich mit der Thematik beschäftigt, sondern es sind: Linksautonome.

Am Donnerstagabend wurden, offenbar orchestriert, Mitteilungen an die Medien versandt, die sich unter anderem gegen die Aufwertung der Stadt und die Verdrängung von Wenigverdienenden und Kultur wandten und auf den Aktionstag aufmerksam machten.

Ziel sei es, auch jenen Menschen, die keine öffentliche Stimme haben, eine zu verleihen, man wolle eine «Stadtentwicklung von unten». Unter den Organisationen, die zum Aktionstag aufrufen, befinden sich verschiedene Hausbesetzungs-Kollektive, die Kollektive der Steinengrabenhäuser und der Häuser an der Matenstrasse, Aktivist:innen der «Climate Games» und diverse andere Organisationen und Vereine.

Laut Aufrufen in sozialen Medien sind Infoveranstaltungen, Esstände, Workshops und ein «Kritischer Stadtpaziergang» geplant. (MIK)